

Sehr geehrter Herr Dr. Hinkelmann,

haben Sie vielen Dank für Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und die Übermittlung der Wahlprüfsteine des Verbands Deutscher Waldvogelpfleger und Vogelschützer e.V. (VDW) anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Ihre Fragen beantworten wir gerne wie folgt:

Werden Sie dem Artenschutz einen breiteren Raum widmen, indem Sie auch die genetischen Reserven zahlreicher Arten in menschlicher Obhut schützen und ihren Erhalt für zukünftige Auswilderungen fördern?

Wir Freie Demokraten wollen den Arten- und Naturschutz mit ergebnisorientierten Maßnahmen voranbringen. Deshalb setzen wir uns für unbürokratische Kooperationen von Land- und Forstwirten und Naturschutzverbänden ein.

Den legalen Handel mit Tieren, deren genetische Reserven besonders schützenswert sind, und den ex-situ-Artenschutz auf Bundesebene wollen wir stärken. Privaten Initiativen zur Erhaltung genetischer Ressourcen wollen wir in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt mehr Beachtung schenken.

Wir wollen darüber hinaus das Wissen und die Sachkunde von Vogelschützern, Falknereien und staatlichen Stellen zur Rehabilitation spezieller Vogelarten bestmöglich mit den Auffangstationen zusammenbringen.

Werden Sie sich für Positiv- oder Negativlisten (z.B. Verbot der Haltung „exotischer“ Arten) einsetzen, auch wenn die Positivlisten zu einem Totalverbot der Vermehrung gefährdeter Arten in menschlicher Obhut führen würden?

Wir Freie Demokraten lehnen starre artenbezogene Haltungsverbote im Wege von Positiv- und Negativlisten ab, weil wir der Überzeugung sind, dass sie unverhältnismäßig sind und allenfalls zu einem schwer zu kontrollierenden grauen Markt führen. Dem Tier- und Artenschutz wäre damit nicht geholfen. Stattdessen wollen wir die Sachkunde von Tierhaltern fördern und auch verstärkt einfordern. In diesem Sinne sind wir offen gegenüber praktikablen Stufenmodellen, die für ausgewählte Tierarten je nach Höhe von Haltungsansprüchen und Haltungsrisiken zusätzliche Informationspflichten für Tierhalter bis hin zu Fortbildungen bei zertifizierten Anbietern oder Amtstierärzten vorsehen.

Wie stehen Sie zum Online-Handel von Tieren, die nicht als Nutztiere gelten, und zu Tierbörsen?

Wir Freie Demokraten sehen die Probleme bei einigen Tierbörsen, wie auch zunehmend dem Internet, als wachsenden Schauplatz für problematische Angebote, sowohl mit Blick auf illegale Wildfänge als auch mit Blick auf Qualzuchten. Eine sinnvolle Herangehensweise im Sinne des Tier- und Artenschutzes kann aber auch hier nur in der verstärkten Kontrolle von Tierbörsen liegen und nicht darin, Tierbörsen gänzlich zu verbieten. Dies würde entsprechende Handels- und Tauschvorgänge in die undurchsichtigen Strukturen eines grauen Marktes abgleiten lassen. Wir wollen deshalb im Bund die „Leitlinien zur Ausrichtung von Tierbörsen unter Tierschutzgesichtspunkten“ aktualisieren und setzen uns in den für den Vollzug des Tierschutzrechts zuständigen Ländern für eine verstärkte Kontrolle von Tierbörsen ein.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die wissenschaftliche Forschung auch in Zukunft auf das Genreservoir und die Kenntnisse der Tierhalter zurückgreifen kann?

Wir Freie Demokraten wollen die Forschung auf dem Gebiet des Arten- und Naturschutzes gemeinsam mit den Bundesländern besser vernetzen. Dazu wollen wir gemeinsam mit staatlichen Ebenen, mit Verbänden und weiteren privaten Akteuren praxistaugliche Konzepte und Lösungswege entwickeln. Eine wesentliche Chance sehen wir Freie Demokraten darin, die ausgeprägte Fachkenntnis von privaten Tierhaltern und deren genetische Ressourcen durch digitale Anwendungen mit der wissenschaftlichen Forschung zu vernetzen. Privaten Initiativen zur Erhaltung genetischer Ressourcen wollen wir in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt mehr Beachtung schenken.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Zoonosen wie z.B. die Vogelgrippe in Zukunft besser auf ihre Herkunft und Verbreitung untersucht werden, damit undifferenzierte Tötungsaktionen vermieden werden können?

Wir Freie Demokraten wollen Human- und Veterinärmediziner sowie Halterinnen und Halter von Wildtieren für den Umgang mit Zoonosen schulen. Durch eine Registrierungspflicht sollen Tierhalterinnen und Tierhalter im Infektionsfall schnell und unkompliziert informiert werden. Der „One-Health“-Ansatz, der einen Austausch und die Zusammenarbeit von Akteuren der Humanmedizin, Veterinärmedizin und Umweltwissenschaften vorsieht, kann einen zentralen Beitrag zur Prävention leisten.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Mayer

Programm und Analyse

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin